

Stand: 07.05.2026 12:38:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3200

"Förderung der Familienpflege in Bayern langfristig sichern"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3200 vom 02.10.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4502 des GP vom 26.11.2014
3. Beschluss des Plenums 17/4622 vom 02.12.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 31 vom 02.12.2014



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gothe, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Förderung der Familienpflege in Bayern langfristig sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Fortbestand der Familienpflege in Bayern langfristig abzusichern.

Hierzu gehören insbesondere folgende Maßnahmen:

- Die seit 2007 nicht mehr angepassten Förderpauschalen für die Förderung der Familienpflege im Rahmen des Bayerischen Netzwerks Pflege werden deutlich erhöht. Der Landeszuschuss für die Familienpflege in Bayern wird entsprechend angepasst.
- Die Staatsregierung setzt sich gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen für kostendeckende Vergütungssätze für die Leistungen der Familienpflege ein. Die Staatsregierung bietet eine Moderation für entsprechende Vertrags- und Vergütungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern an.
- Die Staatsregierung setzt sich im Bund für eine Ausweitung des gesetzlichen Anspruchs auf Familienpflege auch bei ambulanter Krankenbehandlung, bei einem Hospizaufenthalt oder bei chronischen Erkrankungen eines Elternteils ein.
- Die Staatsregierung startet eine Bundesratsinitiative zur Änderung der einschlägigen Regelungen in § 38 SGB V um Haushaltshilfen auch bei einer ambulanten Krankenbehandlung oder einem Hospizaufenthalt zur Pflichtleistung zu machen.
- Die Staatsregierung setzt sich erneut im Bundesrat für die gesetzliche Regelung eines Schiedsverfahrens in den Vergütungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Trägern der Familienhilfe ein.

### Begründung:

Die Familienpflege in Bayern leistet für Familien in Krisensituationen eine wichtige und unverzichtbare Unterstützungsarbeit. Bei schwerer Erkrankung eines Elternteils, ist sie eine unverzichtbare Hilfe für viele Familien mit Kindern. Durch den Einsatz von qualifizierten Fachkräften werden Familien in Krisen stabilisiert und Folgeschäden bei Kindern vermieden. Rechtzeitige und umfassende Hilfe ermöglicht eine schnellere Gesundung des kranken Elternteils und entlastet den anderen, arbeitenden Elternteil. Die Weiterführung der Familienpflege muss deshalb durch eine bedarfsorientierte und kostendeckende Förderung langfristig sichergestellt werden.

Die Förderpauschale pro Vollzeitstelle in der Familienpflege in Höhe von maximal 6.800 Euro jährlich wurde seit 2007 nicht mehr an die tatsächliche Entwicklung der Personalkosten angepasst und muss deshalb deutlich erhöht werden. Der Landeszuschuss zur Förderung der Familienpflege in Bayern muss deshalb entsprechend angepasst werden. Nur so lassen sich die steigenden Kosten der Träger ausgleichen und die Leistungen der Familienpflegerinnen und -pfleger angemessen vergüten. Gegenwärtig gleichen die Familienpflegestationen ihr strukturelles Defizit u.a. durch Verzicht auf tarifliche Gehaltserhöhungen und Jahressonderzahlungen aus. Eine Fortsetzung dieser Niedriglohnpolitik wird den jetzt schon bestehenden Fachkräftemangel im Bereich der Familienpflege weiter verschärfen. Die Qualität der Leistungen in der Familienpflege wäre so akut gefährdet.

Die Vergütungssätze der Krankenkassen für die Fachleistungsstunden in der Familienpflege sind nicht kostendeckend. Der gegenwärtige Satz von etwas über 21 Euro pro Fachleistungsstunde müsste auf rund 35 Euro erhöht werden, um die tatsächlichen Kosten zu decken. In den Verhandlungen zwischen Trägern und Kassen ist es bisher nicht gelungen, zu einer akzeptablen Gebührenvereinbarung zu kommen. Die Staatsregierung muss deshalb an die Krankenkassenverbände in Bayern appellieren, Vergütungssätze anzubieten, die den Fortbestand der Familienpflege langfristig sichern. Angesichts der hohen Rücklagen der gesetzlichen Krankenkassen, ist es unverständlich, dass Familien im Krankheitsfall nicht ausreichend versorgt werden und Familienpflegedienste aufgrund der geringen Vergütung um ihr Überleben kämpfen müssen.

Gegenwärtig besteht nur bei stationärer Behandlung und rund um die Schwangerschaft ein gesetzlicher Anspruch auf Leistungen der Familienpflege. Bei am-

bulanter Behandlung, chronischen Erkrankungen oder einem Hospizaufenthalt, ist die Familienpflege lediglich eine freiwillige Leistung der Krankenkassen. Diese freiwillige Leistung haben die gesetzlichen Krankenkassen in den vergangenen Jahren deutlich reduziert. Der gesetzliche Anspruch auf Familienpflege muss deshalb auch auf die ambulante Behandlung eines schwer erkrankten Elternteils ausgedehnt werden.

Familien mit Kindern brauchen bei Krankheit des erziehenden Elternteils einen umfassenden gesetzlichen Anspruch auf Familienpflege bzw. Haushaltshilfe. Hierfür ist eine Änderung der gesetzlichen Grundlage in § 38 SGB V erforderlich. Die Staatsregierung muss sich deshalb mit einer Bundesratsinitiative für eine Ausweitung des gesetzlichen Anspruchs einsetzen. Außerdem sollte bei einem Scheitern der Vergütungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Familienpflegediensten ein Schiedsverfahren gesetzlich verankert werden.



## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,  
Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und  
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/3200

**Förderung der Familienpflege in Bayern langfristig  
sichern**

### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende  
Änderungen in Absatz 2 durchgeführt werden:

1. Im ersten Spiegelstrich wird in Satz eins  
das Wort „deutlich“ gestrichen
2. Im zweiten Spiegelstrich erhält Satz eins  
folgende Fassung: „Die Staatsregierung  
bietet eine Moderation gegenüber den  
gesetzlichen Krankenkassen für kosten-  
deckende Vergütungssätze für die Lei-  
stungen der Familienpflege an.“
3. Im dritten Spiegelstrich wird nach dem  
Wort „Bund“ das Wort „weiterhin“ einge-  
fügt.
4. Im fünften Spiegelstrich wird das Wort  
„setzt“ durch das Wort „wird“ ersetzt, so-  
wie das Wort „ein“ durch das Wort „ein-  
setzen“.

Berichterstatlerin:  
Mitberichterstatter:

**Kerstin Celina  
Helmut Radlmeier**

### II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ge-  
sundheit und Pflege federführend zugewiesen.  
Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanz-  
fragen und der Ausschuss für Staatshaushalt  
und Finanzfragen haben den Antrag mitbera-  
ten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag  
in seiner 16. Sitzung am 14. Oktober 2014 be-  
raten und einstimmig mit den in I. enthal-  
tenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanz-  
fragen hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am  
6. November 2014 mitberaten und einstimmig  
Zurückstellung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanz-  
fragen hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am  
26. November 2014 mitberaten und ein-  
stimmig der Beschlussempfehlung des fe-  
derführenden Ausschusses zugestimmt.

**Kathrin Sonnenholzner**  
Vorsitzende



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/3200, 17/4502

### **Förderung der Familienpflege in Bayern langfristig sichern**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Fortbestand der Familienpflege in Bayern langfristig abzusichern.

Hierzu gehören insbesondere folgende Maßnahmen:

- Die seit 2007 nicht mehr angepassten Förderpauschalen für die Förderung der Familienpflege im

Rahmen des Bayerischen Netzwerks Pflege werden erhöht. Der Landeszuschuss für die Familienpflege in Bayern wird entsprechend angepasst.

- Die Staatsregierung bietet eine Moderation gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen für kostendeckende Vergütungssätze für die Leistungen der Familienpflege an. Die Staatsregierung bietet eine Moderation für entsprechende Vertrags- und Vergütungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern an.
- Die Staatsregierung setzt sich im Bund weiterhin für eine Ausweitung des gesetzlichen Anspruchs auf Familienpflege auch bei ambulanter Krankenbehandlung, bei einem Hospizaufenthalt oder bei chronischen Erkrankungen eines Elternteils ein.
- Die Staatsregierung startet eine erneute Bundesratsinitiative zur Änderung der einschlägigen Regelungen in § 38 SGB V um Haushaltshilfen auch bei einer ambulanten Krankenbehandlung oder einem Hospizaufenthalt zur Pflichtleistung zu machen.
- Die Staatsregierung wird sich erneut im Bundesrat für die gesetzliche Regelung eines Schiedsverfahrens in den Vergütungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Trägern der Familienhilfe einsetzen.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

### **Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise mit dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos, Natascha Kohnen u.a. SPD  
 Zusätzlicher Stellvertreter an den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung  
 Drs. 17/2527, 17/4307 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Eric Beißwenger u.a. CSU  
 Effektive Schwarzwildreduktion – Machbarkeit aufzeigen  
 Drs. 17/2784, 17/4452 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Berichtsantrag im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zum ESF-Fonds  
Drs. 17/2794, 17/4439 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Arif Tasdelen, Stefan Schuster u.a. SPD  
Beurteilung von Frauen und Männern im Polizeidienst  
Drs. 17/2902, 17/4493 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Expertenanhörung zu Voraussetzungen und Auswirkungen eines möglichen Freistellungsanspruchs von Kommunalpolitikern  
Drs. 17/3054, 17/4362 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Berichts Antrag zur Situation der bayerischen Milcherzeuger  
Drs. 17/3107, 17/4453 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Übergriffe von Sicherheits- und Aufsichtskräften auf Flüchtlinge  
Drs. 17/3184, 17/4277 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Margit Wild u.a. SPD  
Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s auch für Flächengemeinden  
Drs. 17/3186, 17/4289 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Bewertung des Verhandlungsergebnisses über ein Freihandelsabkommen EU-Kanada (CETA) durch die Staatsregierung  
Drs. 17/3188, 17/4440 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD  
Online-Ermittlungen  
Drs. 17/3191, 17/4280 (E) [X]

**Antrag der Fraktionen gem. § 126 Abs. 3 GeschO:  
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Personalwechsel zwischen den Bayerischen Staatsforsten und der Bayerischen Forstverwaltung dauerhaft ermöglichen  
Drs. 17/3199, 17/4454 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Förderung der Familienpflege in Bayern langfristig sichern  
Drs. 17/3200, 17/4502 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Verschärfte Kontrolle von Verpackungsholz  
Drs. 17/3214, 17/4456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD  
Konzept für den Wissenschaftsstandort Nürnberg auf dem AEG-Gelände  
Drs. 17/3238, 17/4311 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Eric Beißwenger u.a. CSU  
Regionale Arbeitskreise zum Thema Schwarzwild etablieren  
und eigenverantwortliches Handeln stärken  
Drs. 17/3310, 17/4457 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Praxisgerechte Vorschläge erarbeiten – Entwurf der Novelle der Düngeverordnung sowie verschärfte Anforderungen bei JGS-Anlagen nicht hinnehmbar  
Drs. 17/3359, 17/4458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)  
Anlagenverordnung ablehnen und Düngeverordnung praxisgerecht ausgestalten  
Drs. 17/3392, 17/4459 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
G8: Mittelstufe plus mit vielen Minus- und Fragezeichen  
Drs. 17/3394, 17/4168 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Markus Rinderspacher, Natascha Kohlen u.a. SPD  
Asiatischer Laubholzbockkäfer  
Drs. 17/3559, 17/4460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>